

Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereinigt. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“ — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ und „Literarische Umschau“ — Mittwoch: „Leise und Wanderung“ — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigengruppe mit Zeile 35 Pfennig. Familien Anzeigen mit Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag D. Voss & Co., Verantwortlich für den Gesamtbild (außer dem Handeltisch): Dr. Carl Misch, Berlin. Für Rücksendung unvert. Manuskripte ist Porto beizulegen.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ulstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3646—3696. Telegr.-Adresse: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Metallstreif abgebrochen

Arbeitsaufnahme zu den alten Bedingungen Neue Verhandlungen vor einer Schlichtungsstelle

Die Verhandlungen des Zehner-Ausschusses zur Regelung des Streiks in der Berliner Metallindustrie beendeten gestern abend gegen 7 Uhr unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Egerwald, der von Ministerialdirektor Dr. Wexes unterstützt wurde. Die Verhandlungen verliefen zum Teil in sehr heftigen Worten, in die immer wieder der Reichsarbeitsminister vermittelnd eingegriffen mußte. Schließlich gelang es, in späteren Nachtstunden zu einer Vereinbarung zu kommen, in der sich die Gewerkschaften verpflichteten, den Streik abzubrechen.

Die Vereinbarung, die von den Vertretern des Deutschen Metallarbeiterverbandes, von den Vertretern des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und von den Vertretern der Industriellen geschlossen ist, hat folgenden Wortlaut:

1. Die Arbeit wird sofort zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Abregelungen aus Anlaß dieses Streiks finden nicht statt.
2. Die Entscheidung der im Schiedspruch vom 10. Oktober behandelten Fragen erfolgt durch einen neuen Schiedspruch einer Schlichtungsstelle. Die besteht aus drei Unparteiischen, die vom Reichsarbeitsminister nach Vorschlag mit beiden Parteien ernannt werden.
3. Die Verhandlungen vor der Schlichtungsstelle sind möglichst zu beendigen. Die Entscheidung hat spätestens in der ersten Woche des November zu erfolgen und ist endgültig.

Leber die Zusammenlegung der kommenden Schiedsgerichte ist bei den getriggen Verhandlungen bereits ausführlich geprüfert worden. Als Unparteiischer ist der frühere Reichsarbeitsminister Wexes ausgerufen, der dem Streik der christlichen Gewerkschaften entsammt. Der eine Beisitzer wird von den Metallarbeitern, der andere von den Unternehmern gestellt.

Vom Metallarbeiterverband wird uns mitgeteilt: Mittwoch früh haben sich die Betriebsräte der einzelnen Firmen mit ihren Direktoren über die Wiederaufnahme der Arbeit in Verbindung zu setzen. Für 1 Uhr mittags beruft der Metallarbeiterverband die Obleute aus den Betrieben und die Streikleitung zu einer großen Sitzung zusammen, in der Bericht über die Verhandlungen erstattet wird.

Kündigung der Angestellten?

Wie aus der Gewerkschaftsband der Angestellten mitteilt, hat der Verband Berliner Metall-Industrieller am 26. Oktober an seine Mitgliedsfirmen ein Schreiben verandt, in dem die aufgetragene Besetzung, vom 31. Oktober ab eine Kündigung aller Angestellten mit Wirkung vom 31. März 1931 vorzunehmen. Es sollen dann niedrigerer Schichten vereinbart werden. In der Einleitung des Schreibens wird die Sozialdemokratie, der die Einleitung des Streiks geschuldet wird, bemerkt hingewiesen, daß der V. B. M. Z. am 29. Februar 1931 den seit langem bestehenden Gehaltsvertrag kündigen wird und ab 1. April 1931 mit niedrigeren Satzflächen rechnet.

Reparationskampf im Ausschub

Curtius und Dietrich werden sprechen

Das Reichskabinett hat gestern die Beratungen über das große, aus etwa 30 Gegenständen bestehende Finanzprogramm unterbrochen, weil zunächst die Stellungnahme der Reichsregierung für die heutige Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten vorbereitet werden mußte.

Eine Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten ist veranlaßt worden durch die Vorzüge der radikalen Parteien gegen die Politik des Außenministers Dr. Curtius, und besondere Bedeutung nimmt ihr dadurch zu, daß auch einzelne dem Kabinett nahestehende Parteien sich dieser Aktion angeschlossen haben. Es gehen auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung die schon am 26. Juli vormitig beginnt, fünf Minuten: erstens ein Antrag der Kommunisten, die Reparationszahlungen auf Grund des Young-Plans einzustellen, zweitens ein Antrag der Volkspartei, die Schuld- und Restitutionsmöglichkeiten des Young-Plans auszuweiten, drittens ein Antrag der Christlich-Sozialen und der Sozialdemokraten auf Einleitung von Verhandlungen über eine Revision des Young-Plans, viertens ein Antrag der Nationalsozialisten, den Berliner Vertrag und die Restitutionszahlungen aufzuheben, und fünftens ein Antrag der Reichspartei, halbmäßig den Zahlungsaufschub für die Reparationsverpflichtungen zu erklären.

Die Reichsregierung wird bei ihrer Stellungnahme zu diesen Anträgen die gleiche Linie verfolgen, die der Reichstagler in seiner letzten Reichstagsrede anfangs, d. h. die Auffassung, daß die Fortsetzung der weltwirtschaftlichen Krise und der deutschen Reparationskrisis zu einer Neuauflage der deutschen Reparationsverpflichtungen an die tatsächliche Zahlungsfähigkeit führen müsse. Die Ausschüsse für das Kabinett werden der Außenminister Dr. Curtius und der Reichsfinanzminister Dietrich als unabhängiger Minister für die Reparationsfragen erteilen. Die Verhandlungen des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten sind nach der Befragung vertraulich, und daher besteht nicht die Möglichkeit, daß aus agitatorischen Gründen unnötige Erregung in die Öffentlichkeit des In- und Auslandes getragen wird.

Trotzdem sind in der heutigen Sitzung Überforderungen nicht ausgeschlossen, weil die Mehrheitsverhältnisse in den Ausschüssen seit der Reichstagswahl sehr eigenartig liegen. Der Ausschub für auswärtige Angelegenheiten besteht aus 28 Mitgliedern. Davon fällt sieben die Sozialdemokratie, drei das Zentrum und je einen die Deutsche Volkspartei, die Christlich-Sozialen, die Bayerische Volkspartei und die Christlich-Sozialen Konfessionen. Sechs Mitglieder stellen die Nationalsozialisten, vier die Kommunisten, zwei die Deutschnationalen und zwei das Landvolk. Die Parteien, die in der letzten Reichstagswahl das Kabinett stützten, verfügen trotz der großen Mehrheit, die das Kabinett in der Vorberatung erzielten konnte, im Vorausgerichteten Ausschub nur über genau die Hälfte der Stimmen. Aus Anlaß der gegen die Reparationspolitik gerichteten Angriffe konnte sich das für die Reichsregierung ohnehin unangünstige Stimmverhältnis dadurch verschärfen, daß auch die Christlich-Sozialen und die Christlich-Sozialen Konfessionen, die Angriffe auf Restituten der Reparationsverträge, wenn auch in etwas abgemildeter Form, gestellt haben, gegen die Regierung stimmen. Allerdings haben die Ausschüsse lediglich der Vorberatung des Reichstages Vorstöße zu machen, oder nicht selbstständig Beschlüsse zu fassen.

Bulgariens Königspaar hat kühnliche Ueberfahrt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Sofia, 28. Oktober

In Sofia herrscht große Aufregung. Das Königspaar, dessen Einzug in Sofia am Donnerstag stattfinden sollte, scheint auf der Ueberfahrt von Jastren in einem Sturm geraten zu sein. Der derzeitige Standort des Schiffes läßt sich nicht feststellen. Die Besatzung ist also ganz ungewiß; eine peinliche Situation für die Behörden, die den Empfang vorbereiten sollen.

Wird Berlin Zehn-Millionenstadt?

Von
Ernst Rahn

Aus guter Kenntnis der Statistik erlaube ich mir folgende Behauptung: Berlin wird in den nächsten Jahren zu einer der bedeutendsten Städte unserer Zeit und unteres Landes. Gierlich werden seine Fortschritte überholt, wenn auch nicht auf ungetrigger Bahnen, so doch auf ungetrigger Interesse rechnen dürfen.

Der Mensch von heute verbindet mit der Weltstadt den Begriff des unaufhörlichen Wachstums. In dieser Beziehung unterscheidet sich der so pessimistisch gemorene Zeitschrift faum von dem optimistischen. Die drei Hauptgründe für ein phantastisches Zukunft „feines“ Stadt kränkt sich für auch dem Berliner der 4-Millionen-Standort noch weiter lediglich eine Klappe. Und was der private Bürger fühlt, dem gibt die Behörde Ausdruck in Theorie und Praxis. In der Theorie durch die Annahme auch amtlicher Stellen, wonach im Jahre 1935 die Reichspopulation 10 Millionen Einwohner zählen wird — in der Praxis durch die entgegliche Grundflächen- und Bevölkerungszahl der letzten Jahre.

Daß Berlin seit Jahren aufgehört hat, aus sich selbst herauszuwachsen, ist bekannt. Es haben im Durchschnitt der letzten vier Jahre (1926/1929) 3655 Menschen mehr als geboren wurden, trotz einer besonders niedrigen Sterblichkeit. Die Bevölkerungszahl bei der Auswahl trägt nicht die besonders geringe Geburtenzahl. Berlin ist auch in dieser Beziehung ein Unikum. Solange Bevölkerungsstatistik betrieben wird, kennt man kein Land irgendeine bedeutendes Gebiet ohne lo geringen Riberaugang, nämlich auf Einwohner pro Quadratkilometer nur 10 Geburten; noch vor dreißig Jahren waren es 27.

Schon der Rate wird aus jenem anhaltenden Sterbefürsich der Schluß ziehen, daß die Bevölkerung langsam abnehmen muß, wenn nicht ein Zufall aus außer der die Klaffen fällt. Wahrscheinlich das in diesem Maße geschehen. Im Stand 28. in den Jahren 1926—1929 dem Sterbefürsich von 23.330 Menschen ein zusätzlich lo großer Einwanderungsgewinn von 275.888 gegenüber.

Für den Fachmann aber wird der Rückgang der Berliner Bevölkerung ohne Zuwanderung nicht etwa sehr langsam, sondern immer schneller vor sich gehen. Mit lo mathematischer Sicherheit wird die lo jährliche Sterblichkeit der Berliner Bevölkerung sich verschärfen, und mit einem hohen Grad von Wahrscheinlichkeit ist mit einer weiteren sehr empfindlichen Senkung jener heute nicht die bestmögliche niedrigen Geburtenziffer zu rechnen. Jenes Jahresdefizit von etwa 6000 Menschen müßte dann in absehbarer Zeit auf 20.000, 30.000, 40.000 und darüber steigen.

Der Grund liegt in dem anormalen Miberaufschub des deutschen Volkes im allgemeinen und der Berliner im speziellen: Zur Zeit sind wenig Menschen im hohen Alter so stark bedröht und ungewöhnlich viel Menschen in jüngeren und mittleren Jahren, in den Jahren vor allem von 20—30, als im Durchschnitt. Während im Durchschnitt die Lebenserwartungsdauer recht hoch liegt, das aber behauptet für eine nicht mehr ferne Zukunft ein Anhalten der Bevölkerung. Heute drängen sich nach die in den letzten Jahrzehnten der letzten Jahreshälfte in Berlin etwa 425.000 Geburten und 471.000 Geburten erlangen, lo nach man annehmen, daß ohne Zuwanderung ein künftiges Jahrzehnt — wir denken an 1940/1949 — in dem etwa nur 250.000 Geburten zu erwarten wären, nur etwa 300.000 Kinder zu registrieren haben wird — vorausgesetzt, daß die Stellung der Bevölkerung zum Ende sich nicht ändert.

Diese Einstellung des Berliner der Stadtratszeit hat längst das berühmte Zweifelhafte über Vord geworren und schon 3 wachen Ein- und Reinförderer:

Wenn wir eben für das Jahr 1929/30 in den 471.000 Geburten die 425.000 Geburten gegenüberstellen, lo heißt das zwar ein Ueberschuss von 46.000 (11,3%). Aber hier sind verlorene Abzüge zu machen: Zunächst sind 80.000 und die Geburten; diese bringen den Riberaugang der Geburten unter 1. Dann aber ist zu berücksichtigen, daß in unser schnelleren Zeit die Dinge sich förmlich überziehen. Jenes Jahrzehnt stellt Dagegen